

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5,00. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Inserate werden die 6spaltige Zeitspalt mit 36 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 80. Dresden, Sonnabend den 7. April 1917. 28. Jahrg.

Kriegsostern

Osterglocken singen und klingen,
Und die Scholle dampft schwarz und schwer.
Rädchen glänzen und Knospen springen,
Mattgrün blinkt es rings um dich her.
Aber draußen Kanonen fauchen
Und die Schwerter klirren im Streit,
Städte brennen und Dörfer rauchen...
Frieden, wie bist du noch fern und weit!

Osterglocken... Die jungen Saaten
Heben sich licht aus dem Schollenbraun,
In den Gärten knirschen die Spaten,
Weilchen hauchen am Gartenzaun...
Emsig regen Millionen Hände
Sich um des Jahres kommenden Brot,
Während draußen im Kampfgelände
Immer noch erntet grinsender Tod...

Osterglocken... Aus Wintersbanden
Wecket die Erde brausend der Föhn,
Und das Leben in allen Landen
Will erwachen und aufersteh'n!
Nur die da fielen im Kampf um die Scholle
Todesmutig in Grausen und Graun,
Werden die Heimat, die liebevolle,
Nie mehr mit leuchtenden Augen schau'n!...

Osterglocken... Der Lenz ist gekommen,
Doch den Frieden bracht er nicht mit...
Unser Hoffen, verflackert, verglommen,
Harrt noch immer auf seinen Schritt...
Soll sich wieder ein Jahr noch vollenden,
Eh' wir ihn grüßen, den lang wir ersehnt,
Daß er mit reichen, segnenden Händen
Unse zermarterten Stirnen krönt?!

Osterglocken... Die Trauergewänder
Haben den ganzen Erdball umhüllt,
Seufzer hauchen durch alle Länder,
Tränen fließen, die keiner stillt!...
Klinget, ihr Glocken! Aus Leiden und Grauen
Wecket die Menschheit mit hellem Getöse!
Lenz schmückt wieder die Wälder und Auen:
Auch der Frieden wird aufersteh'n!

Wahrheit oder Gerücht?

Verfassungsreform und preußisches Wahlrecht.

Der Berliner Korrespondent der Kölnischen Volkszeitung will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß eine Reform des preußischen Wahlrechts noch während des Krieges beschlossen sei. Ein vordereitender Schritt scheine unmittelbar bevor. Die Vorlage zur Aenderung des preußischen Wahlrechts dürfte schon gleich nach Ostern bekannt werden.

Es wäre äußerst erfreulich, wenn diese Meldung sich als wahr erweisen würde. Vorläufig wird man aber noch zweifeln müssen, ob die preußische Regierung sich bereits zu dem Entschluß, die Wahlrechtsvorlage einzubringen, durchgerungen hat. Und die weitere Frage würde sein, wie die Vorlage aussehen wird.

Ausführungen, die die Norddeutsche Allgemeine Zeitung an ihrer Spitze veröffentlicht, machen nicht den Eindruck, als ob die Enschlußkraft der leitenden Stellen sehr stark gemindert ist. Das Regierungsblatt wendet sich mit Recht gegen den Vorstößen Willen, der in seiner Rücksicht an den Kongress sich als Bringer der Freiheit für Deutschland hinstellen sucht. Nach dieser Zurückweisung heißt es weiter:

Wir wissen selbst, daß uns zur Befestigung unserer äußeren Macht und Freiheit auch im Innern wichtige Aufgaben zu lösen bleiben. Die Worte, die der Kaiser in seinen denkwürdigen Tagen des August 1914 zum Volk und zum Reichstag sprach, haben bereits ein Programm enthalten, das sich mehr und mehr gestaltet hat. Die Reden des Reichskanzlers haben es immer seither umschrieben. Im Antrag des Krieges hat der Kaiser niemals seine Aufmerksamkeit von den Fragen der inneren Neuordnung abgewandt. Wenn kürzlich im Reichstag gute Worte vom sozialen Königtum gesprochen sind, so waren auch sie ein Zeichen dafür, daß Vertrauen zwischen Volk und Kaiser ist. Nicht den Autokratismus, wie Wilson meint, sondern das Volkstönigtum der Hohenzollern steht in deutscher Erde zu verwurzeln, dahin geht der gemeinsame Weg für Kaiser und Volk, dazu muß uns im Sturm die Kraft.

Mit diesen Ausführungen ist wieder nichts recht Greifbares gesagt. Das Programm der Neuordnung mag sich mehr und mehr gestaltet haben und immer fester umschrieben worden sein, aber noch bleibt ungewiß, was dieses Programm bringen soll, und vor allem: es fehlt an der Tat. Bemerkenswert ist allerdings, daß in dieser Erklärung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ausdrücklich und anscheinend mit besonderer Absicht der Kaiser in die Förderung gezogen wird. Es wird das Interesse des Kaisers an der inneren Neuordnung betont. Das ist ein Hinweis, der bedeuten soll, daß nicht nur Aufgaben des Reichskanzlers vorliegen, der vielleicht gar nicht in der Lage sein könnte, sie schließlich zu verwirklichen, sondern daß der Kaiser selbst die Gewähr gibt, daß die Aufgaben erfüllt werden. Wenn es so gemeint ist, dann hätte es allerdings noch deutlicher ausgesprochen werden sollen, damit für Zweifel und Mißtrauen kein Raum mehr bleibt.

Der Verfassungsausschuß.

Der Reichstag wird die Wahl des neuen Verfassungsausschusses bereits in der ersten Sitzung nach der Osterpause, am 24. April, vornehmen. Den Vorsitz im Verfassungsausschuß wird — nach dem herkömmlichen Turnus — ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion zu übernehmen haben. Die Tagesordnung weist die Frage auf, ob die Mit-

glieder des Bundesrates sich an den Arbeiten des Verfassungsausschusses beteiligen können, und kommt, soweit es sich um das preußische Wahlrecht handelt, zu dem Schluß: „Daß der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident für das Reich und für Preußen mit Entschiedenheit den Standpunkt vertreten werde, es handle sich um eine innerpreußische Angelegenheit, für die der Reichstag nicht zuständig sei, und daß er deshalb eine Beteiligung an solchen Verhandlungen ablehne, ist nach allem, was bisher vorgegangen ist, sehr zweifelhaft. Dagegen darf es, wie wir hören, als sicher gelten, daß die übrigen Bundesstaaten, wenigstens eine große Anzahl von ihnen, aus grundsätzlichen Erwägungen heraus sich an Verhandlungen über eine Aenderung des preußischen Wahlrechts nicht beteiligen werden.“

Dagegen vertritt der nationalliberale Reichstagsabgeordnete v. Richthofen in der Berliner Vorkonferenz folgenden Standpunkt:

„Da die Reform des preußischen Wahlrechts im Mittelpunkt des innerpolitischen Interesses steht, ist es erklärlich, daß von verschiedenen Seiten die Bildung des Verfassungsausschusses so gut wie ausschließlich auf diese schwerwiegende Frage zurückgeführt wird. Das ist aber doch wohl nur in beschränktem Maße der Fall. Gewiß wird in dem Ausmaß auch über das preußische Wahlrecht gesprochen werden, und auch an der zukünftigen mecklenburgischen Verfassung wird man nicht vorbeigehen können. Denn solange das gegenwärtige preußische Wahlrecht in Verbindung mit der Art der Zusammensetzung des Herrenhauses jede Möglichkeit wirklicher Reformtätigkeit ausschließt, bleiben alle im Sinne der Neuorientierung aufgestellten Forderungen und Wünsche nicht nur im größten Bundesstaate selbst, sondern infolge des berechtigten preußischen Einflusses auch im Reiche nur schöne Worte und Gedanken. Daher ist die Reform des preußischen Wahlrechts vom politischen Gesichtspunkte aus auch eine deutsche Angelegenheit; vom rechtlichen aber ist sie eine preußische. Der Reichstag wird somit zu erwägen haben, in welcher Weise er zum Zwecke einer beschleunigten Lösung der Wahlrechtsfrage seinen politischen Einfluß im Interesse der Beschlossenheit unserer Nation und zur Eröffnung einer freien Bahn für die weiteren, unser Volk erfüllenden innerpolitischen Ziele in die Bagatelle zu werfen vermag, es sei denn, daß die preußische Staatsregierung noch vorher zu einer eigenen Initiative zu gelangen vermag.“

Der Zeuge aus dem Felde.

Von Zeit zu Zeit servieren uns rechtsstehende Blätter „Stimmen aus dem Felde“, die sich gegen eine Reform unserer politischen Zustände aussprechen. Wir bemerken dabei als Tatsache, daß es sich in allen uns bekannten Fällen um Personen im Offiziersrang handelt. Jüngst im Tag war der Kronzeuge aus dem Felde ein Oberst und Regimentskommandeur; jetzt, in der Kreuzzeitung, ist es ein abladiger Rittmeister bei einer Reservebrigade. Man erkennen wir natürlich Offiziere genau so gut als Kriegsteilnehmer an wie jeden andern und verwehren ihnen auch nicht im geringsten das von uns allen zugestandene Recht der freien Meinungsäußerung. Aber festlich stimmt es uns, wenn diese Herren von der „Stimmung des Heeres“ oder „im Namen der Armeekorps“ sprechen. Nach unserer persönlichen Erfahrung im Felde hat gerade der Offizier, mag sein Verhältnis zu den Kommandanten

sonst ein noch so gutes sein, am wenigsten Gelegenheit, die politische Meinung seiner Untergebenen kennen zu lernen. Mit dem Vorgelesenen diskutiert niemand ohne Befangenheit, und oft genug glaubt der Offizier, weil ihm aus bestimmten Gründen nicht widersprochen wird, irrtümlich an Zustimmung.

Wenn also der Herr Rittmeister der Kreuzzeitung behauptet, die Einsetzung des Verfassungsausschusses habe an der Front „das größte Erkennen verursacht“, so gilt das wohl nur für die gleichgestellten Kreise, mit denen er Gelegenheit hat, sich frei auszutauschen.

Wie die große Majorität der Soldatendenken, wissen wir persönlich und aus tausend Briefen.

Die Liberalen Rußlands und der Frieden.

ik. Kopenhagen, 5. April.
Wie die gegenwärtige Lage in Rußland von liberaler Seite beurteilt wird, geht aus einigen Äußerungen hervor, die der Kopenhagener Korrespondent des liberalen Moskauer Blattes Nisloje Slavo, Trozky einem Arbeiter der Sozialisten gegenüber gemacht hat. Er sagte unter anderem:

Die Lage kann, um ein Bild aus dem Kriege, womit die Revolution gewisse Vergleichspunkte hat, zu benutzen, mit den Worten bezeichnet werden: „Das Errungene muß befestigt werden.“ Überall in ganz Rußland, wo liberal oder demokratisch gedacht und gefühlt wird, ist die Auffassung vorhanden, daß die neue Regierung gestärkt werden muß.

Die Semstwo werden dem Ministerium helfen, dafür zu sorgen, daß alles Schädliche aus der Verwaltung entfernt wird. Eine Revolte aus dem äusseren linken Flügel ist undenkbar. Das sogenannte Minimalprogramm der russischen Sozialdemokratie — die Punkte, deren sofortige Durchführung für notwendig und möglich erachtet wurden — ist bereits zur Wirklichkeit geworden. Die Unterstützung von der Aufnahme des Sozialdemokraten Tschelbe in die Regierung ist wahrscheinlich zutreffend. Dies ist noch mehr eine Garantie dafür, daß die äußerste Linke die Regierung unterstützen wird, solange sie einen demokratischen Kurs verfolgt. Und für diesen sind Namen wie Miljutoff, Kerenski u. a. m. vollständig genügende Garantien.

Die Bauern sind ebenfalls sichere Stützen für die Regierung, die ja die Kron- und Klostergüter zur Verteilung unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung freigeben will.

Aber wie steht es mit dem Friedensprogramm?

Die Revolution ist geschaffen (sowohl von der russischen liberalen Intelligenz wie von den Sozialdemokraten). Die in der liberalen Presse, die durch ihre tägliche Aufklärungsarbeit die Revolution vorbereitet hat, sich geltend machende Auffassung drückt wohl den Wunsch nach Frieden aus, aber nicht nach einem Frieden ohne Sieg. Sogar kommt das sehr wesentliche Moment, daß es überhaupt als möglich angesehen wird, über Friedensverhandlungen zu sprechen, solange Deutschland Preußen beherrscht und die Herrschaften dort keine wie Hegelbrand und Redenlöser sind. Sie werden aus der deutschen Presse ein deutliches Beispiel geben können, wie groß der Abstand zwischen den deutschen Kriegsheldern und dem russischen Volk ist. In der russischen Zeitung hat Professor Martin Spohn — der bekannte Zentrumsführer — vorgeschlagen, den Krieg gegen Rußland zu beenden — um den Parlamentarismus wieder aufzurichten.

„Nein“, schloß Trozky seine Ausführungen, „solange diese Art von Anschauungen in Deutschland vorherrschen, wird in Rußland keine wirksame Bewegung zur Aufnahme von Friedensverhandlungen angeregt werden können.“

Trozky überließ natürlich, daß in Deutschland außer Professor Spohn und einigen anderen Herrschaften, die sich für

u.7
er
stell.
lino!
rei
gab.
end
ala
mei
erk-
ren-
ers-
die
K